

TEXTE 40/00.

Die WTO-Ministerkonferenz in Seattle - Ergebnisse und Perspektiven für den Umweltschutz

Peter Fuchs, Stefanie Pfahl, Tobias Reichert u.a.

AG Handel des Forums & Entwicklung im Deutschen Naturschutzring (DNR), Bonn

im Auftrag des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und
des Umweltbundesamtes

Zusammenfassung

Vom 30.11. – 3.12.1999 tagte in Seattle (USA) die 3. Ministerkonferenz der Welthandelsorganisation (WTO). Sie scheiterte bei dem Versuch, eine Einigung über die Agenda für eine neue WTO-Verhandlungsrunde herbeizuführen und stand unter dem starken Eindruck massiver Proteste von zahlreichen Umwelt- und Entwicklungsorganisationen, die im GATT/WTO-Regime – sowie grundsätzlich in der ‚Globalisierung‘ - eine Bedrohung für Umwelt- und Nachhaltigkeitsanliegen sehen.

Vor diesem Hintergrund untersucht die vorliegende Studie die Möglichkeiten einer umfassenden Integration von Umwelt- und Nachhaltigkeitsaspekten in zukünftige WTO-Verhandlungen und geht dabei insbesondere auf die Positionen internationaler und deutscher Nichtregierungsorganisationen (NRO) sowie kritischer WissenschaftlerInnen ein.

Im ersten Teil der Studie werden zunächst aktuelle und potentielle Konfliktfelder zwischen (inter-)nationaler Umweltpolitik und Handelspolitik diskutiert. Dabei stehen folgende Aspekte im Vordergrund:

1) Prozessbezogene Umweltpolitik:

Die ökologische Umgestaltung von Produktionsprozessen (z.B. hinsichtlich des Energie- und Materialverbrauchs oder der Schadstoffintensität) und die hieran anknüpfende Unterscheidung von Produkten ist von zentraler Bedeutung für eine wirksame Umweltpolitik. Im Spannungsverhältnis von Handel und Umwelt geraten allerdings PPM- (prozess- und produktions-) bezogene Politikmaßnahmen in Konflikt mit dem WTO-Verständnis von ‚like products‘, also ‚gleichartiger‘ Produkte. Gerade angesichts starker Nord-Süd-Interessens- und Meinungsdivergenzen sollte versucht werden, auf PPMs basierende Handelsmaßnahmen möglichst nur im Kontext internationaler Kooperation und multilateraler Umweltabkommen anzuwenden, doch auch PPM-basierte nationale Vorreiterpolitiken müssen möglich bleiben. Unter Beibehaltung der Regeln des Art. XX GATT sollten klarere Kriterien über die Zulässigkeit der Unterscheidung von Produkten aufgrund von PPMs vereinbart werden, um die Belastung der

Streitschlichtungsgremien der WTO zu verringern. Eine Kennzeichnung von Produkten entsprechend ihrer Produktionsmethoden sollte von der WTO eindeutig zugelassen werden.

2) Vorsorgeprinzip:

Das Vorsorgeprinzip wurde erstmals im ersten Umweltprogramm der deutschen Bundesregierung von 1971 formuliert und etablierte sich seitdem auch in der internationalen Umweltpolitik. Es enthält u.a. die folgenden Elemente: a) Risikovermeidung wird gegenüber Risikomanagement bevorzugt; b) Maßnahmen werden ergriffen, bevor letzte wissenschaftliche Beweise vorliegen (Umkehrung des zeitlichen Ablaufs); c) eine Umkehrung der Beweislast: Wer eine Aktivität plant, muss beweisen, dass diese ungefährlich ist, um eine Regulierung zu vermeiden. Da im internationalen Handel vorsorgeorientierte Politiken einzelner Länder mit Exportinteressen ihrer Handelspartner kollidieren können (Bsp. Hormonfleisch), wird empfohlen, das Vorsorgeprinzip als umweltpolitische Leitlinie eindeutig in der WTO zu verankern. Darüber hinaus sollte es auch eine größere Rolle bei der Codex Alimentarius Kommission von WHO und FAO spielen, deren Empfehlungen als Referenz für das SPS-Abkommen der WTO dienen.

3) Das Verhältnis zwischen multilateralen Umweltabkommen (MEAs) und der WTO:

Die internationale Umweltpolitik ist geprägt durch ein Netz von fast 200 Verträgen mit bilateraler, regionaler und multilateraler Reichweite. Für grenzüberschreitende Umweltprobleme gelten diese Abkommen allgemein als das beste Instrument. Sie geraten allerdings dann in einen potentiellen Konflikt mit dem WTO-Regime, wenn sie – wie bislang ca. 20 MEAs – eigene Handelsregelungen beinhalten. Diese MEA-Handelsmaßnahmen dienen i.d.R. entweder a) der Verhinderung umweltschädlicher Handelsströme (z.B. beim Washingtoner Artenschutzabkommen des Handels mit gefährdeten Tierarten) oder b) als Anreiz für die MEA-Vertragsstaaten zur Erfüllung ihrer eingegangenen Pflichten bzw. gegenüber Nicht-MEA-Mitgliedsländern zur Vermeidung von "Freifahrerverhalten" auf Kosten der Umwelt oder der MEA-Mitgliedstaaten. Da diese Maßnahmen auch zukünftig als eine wichtige Regelungsoption neben anderen für die Gestaltung wirksamer MEAs zur Verfügung stehen müssen, wird empfohlen, im Rahmen der WTO eindeutig klarzustellen, dass durch MEAs gerechtfertigte Handelsmaßnahmen nicht durch die WTO für unzulässig erklärt werden. Dazu sollten auch Anforderungen an die MEAs definiert werden, die ihren Missbrauch zu handelspolitischen Zwecken verhindern. Die Rolle der UNEP in diesem Prozess und bei der Entscheidung in möglichen Konfliktfällen zwischen MEAs und WTO sollte gestärkt werden.

Weiterhin werden die umweltpolitischen Aspekte einer weiteren Liberalisierung in speziellen Sektoren und Regelungsbereichen diskutiert, über die in der WTO aktuell verhandelt wird (wie Landwirtschaft und Dienstleistungen) bzw. Verhandlungen vorgeschlagen werden (Forstprodukte, Investitionen etc.).

4) Der Agrarbereich:

Das "Agreement on Agriculture" (AoA) nimmt innerhalb des Welthandelssystems eine Sonderstellung ein, da für den Agrarhandel bislang noch weitergehende Ausnahmen von den Freihandelsnormen akzeptiert werden. Die wesentlichen

Bereiche, die im AoA geregelt sind, betreffen Marktzugang, Exportsubventionen und interne Stützungsmechanismen. Hierzu wird empfohlen:

- Als vertrauensbildende Maßnahmen sollten die in der Uruguay-Runde versprochenen Verbesserungen für die Entwicklungsländer beim Marktzugang und der Unterstützung netto-nahrungsmittelimportierender Länder endlich umgesetzt werden.
- Die sowohl umweltschädliche wie handelsverzerrende Praxis der Exportsubventionierung sollte kurzfristig beendet werden.
- Die im Rahmen der sogenannten „green box“ des AoA zulässigen Unterstützungsmaßnahmen, sind stärker an den „Non-Trade-Concerns“ auszurichten, insbesondere an der Ernährungssicherheit in Entwicklungsländern und dem Umweltschutz und der Regionalentwicklung in Industrieländern.

5) Fischerei und Forstwirtschaft:

In den auf natürlichen Ressourcen basierenden Sektoren Fischerei und Forstwirtschaft wird vor einer Liberalisierung gewarnt, solange nicht auf nationaler und internationaler Ebene wirksame Schritte zur nachhaltigen Bewirtschaftung umgesetzt sind. Die Schwerpunkte der Politik sollten in diesem Kontext, und damit nicht im Rahmen der WTO liegen. Hinsichtlich des Abbaus umweltschädlicher Fischereisubventionen sollte die EU möglichst schnell von ihrer bisherigen zögerlichen Haltung abrücken.

6) Geistige Eigentumsrechte/TRIPS:

Im Rahmen der Uruguay-Runde setzten die Industrieländer, insbesondere die USA, mit dem sogen. TRIPS-Abkommen ihr Interesse an möglichst hohen Standards für den Schutz geistiger Eigentumsrechte im multilateralen Handelssystem durch. Dieses Abkommen verpflichtet alle WTO-Mitgliedstaaten zur Anpassung ihres nationalen Rechtes an internationale Vorgaben zum Schutz geistigen Eigentums und zur Einführung entsprechender Rechts- und Verwaltungsverfahren. Das TRIPS-Abkommen ist u.a. aufgrund seiner Vorgaben zur Frage der Patentierung lebender Organismen, seines ungeklärten Verhältnisses zur Konvention für biologische Vielfalt (CBD) und seines Einflusses auf die Möglichkeiten der kostengünstigen Bereitstellung von Medikamenten von hoher sozial-ökologischer Brisanz. Mit Blick auf die derzeit laufenden TRIPS-Review-Prozesse und auf mögliche zukünftige TRIPS-Verhandlungen wird empfohlen,

- c) lebende Organismen im Rahmen einer Reform des Art. 27.3 b) des TRIPS-Abkommens von der Patentierungsverpflichtung auszunehmen.
- d) Weiterhin müssen die kollektiven Rechte von Landwirten und indigenen Gemeinschaften gegenüber privaten Eigentumsrechten gestärkt werden. In diesem Zusammenhang ist auf die Vereinbarkeit der TRIPS-Bestimmungen mit der Konvention über Biologische Vielfalt zu achten.
- e) Die bislang im TRIPS-Abkommen enthaltenen Möglichkeiten zur Nutzung von Zwangslizenzen und Parallelimporten zur Medikamentenversorgung in Entwicklungsländern sind zu erhalten und zu stärken.

7) Dienstleistungshandel/GATS:

Das GATS-Abkommen zur Liberalisierung des Dienstleistungshandels ist in seinen sozialen und ökologischen Dimensionen noch relativ wenig erforscht. Es umfasst eine ganze Reihe von ökologisch und ökonomisch hochrelevanten Sektoren und wird zukünftig auch aufgrund des ökonomischen Strukturwandels hin zu stärker dienstleistungsgeprägten Ökonomien an Bedeutung gewinnen. Das Beispiel des Tourismus-Sektors verdeutlicht die Gefahren einer unreflektierten Liberalisierungsstrategie für die Umwelt und für regionale, bzw. nationale Entwicklungsstrategien. Gerade angesichts der im Jahr 2000 angelaufenen neuen GATS-Verhandlungen bedarf es dringend intensiver Untersuchungen und Diskussionen über die möglichen Umwelt- und Entwicklungsauswirkungen weiterer Liberalisierungen. Sie sollten sich u.a. auf die Bereiche Tourismus, Transport, Umweltdienstleistungen und Finanzen sowie auf die investitionspolitischen Implikationen der GATS-Verhandlungen beziehen.

8) Investitionen:

Nach den gescheiterten OECD-Verhandlungen über ein Multilaterales Investitionsabkommen (MAI) gibt es vor allem in der EU-Kommission Bestrebungen, das Investitionsthema nun verstärkt im WTO-Rahmen zu verhandeln. Anknüpfend an die MAI-Diskussion und die Erfahrungen mit Investitionsregeln im NAFTA-Abkommen empfiehlt die Studie dagegen, den Investitionsbereich auch weiterhin nicht in einem Abkommen im WTO-Rahmen zu regeln, da dort zu befürchten ist, dass die Rechte der Investoren zu stark gegenüber ihren sozialen und umweltpolitischen Pflichten gestärkt werden.

9) Öffentliches Beschaffungswesen:

Das öffentliche Beschaffungswesen (public procurement) ist von hoher ökonomischer und potentiell auch ökologischer Bedeutung, wenn es zur Förderung umweltverträglichen Wirtschaftens eingesetzt wird. Bislang gibt es im WTO-Rahmen keine weitreichenden Vorgaben zum öffentlichen Beschaffungswesen. Zukünftige WTO-Verhandlungen zu diesem Thema bergen die Gefahr einer Einschränkung wirtschafts- und umweltpolitischer Gestaltungsmöglichkeiten mittels öffentlicher Auftragsvergabe. Daher muss bei eventuellen Verhandlungen über ein Abkommen über größere Transparenz im öffentlichen Beschaffungswesen die Möglichkeit öffentlicher Auftraggeber erhalten bleiben, besonders hohe ökologische und soziale Anforderungen zu stellen.

Im Anschluss an den Überblick zum ökologischen Reformbedarf des Handelsregimes werden der Verlauf der WTO-Konferenz in Seattle und die Ursachen für ihr Scheitern beleuchtet. Dabei wird deutlich, dass es nicht einen isolierten Grund für den Misserfolg gab, sondern eine Vielzahl von Faktoren. Als ein sehr bedeutender Grund werden die intransparenten und undemokratischen Prozesse im Vorfeld und während der Konferenz selbst hervorgehoben. Zugleich werden die handels- und umweltpolitischen Positionen skizziert, mit denen die WTO-Mitgliedsländer zur Ministerkonferenz in Seattle gekommen waren. Es wird aufgezeigt, wie die zunächst vergleichsweise weitgehende ‚Handel und Umwelt‘-Agenda der Europäischen Union (EU) im Zuge ihrer Bemühungen um eine breit angelegte „Millenniumrunde“ hinter anderen handelspolitischen Zielen zurückgestellt wurde und schließlich ganz aus der Agenda für

die weiteren WTO-Verhandlungen zu verschwinden drohte. Daraus folgt, dass aus umweltpolitischer Sicht die von der EU angestrebte umfassende Liberalisierungsrunde im Rahmen der WTO nicht empfehlenswert ist, da die vorherrschenden Interessen, die Komplexität der Themen und die Wechselwirkungen zwischen den einzelnen Sektoren dazu führen, dass Umweltschutz und Nachhaltigkeit auch zukünftig wieder nicht oder nur unzureichend berücksichtigt werden.

Abschließend werden Ansätze vorgestellt, die einen konstruktiveren Umgang mit dem Themenkomplex Handel und Umwelt auf internationaler Ebene fördern könnten.

- a) Im Kontext der WTO sind demokratischere und transparentere Entscheidungsprozesse sowohl bezüglich der Entwicklungsländer als auch der nationalen Parlamente und der (nicht gewinnorientierten Teile der) Zivilgesellschaft zu stärken. Letztere sollten auch auf europäischer und nationaler Ebene stärker in die handelspolitische Diskussion einbezogen werden. Erste Schritte in der WTO könnten im transparenteren Umgang mit informellen Verhandlungen (Veröffentlichung von Themen und Teilnehmern, Bericht an formale Gremien) und in der verstärkten Kooperation von Mitgliedsländern z.B. in regionalen Foren liegen. Die WTO sollte ein an das UN-ECOSOC angelehntes System der Akkreditierung von NRO einführen.
- b) Die bisherige 'Handel und Umwelt'-Agenda des Nordens bzw. der EU muss um jene Themen erweitert werden, die für Entwicklungsländer von besonderem Interesse sind. Dies sind vor allem das Verhältnis zwischen TRIPS und CBD und die Kontrolle des Exports von im Inland verbotenen Gütern. Im Sinne des Konzepts der nachhaltigen Entwicklung sollten die Entwicklungsaspekte in der 'Handel und Umwelt'-Diskussion stärker beachtet werden. Hier sind u.a. die wirksamere Ausgestaltung des 'special and differential treatment' – Prinzips und die Unterstützung bei der Einführung umweltfreundlicher Technologien zu nennen.
- f) Die Initiativen von UNCTAD und UNEP zum 'capacity building' für Entwicklungsländer im Bereich Handel und Umwelt sollten weiter ausgebaut werden. Zudem sollten Untersuchungen der sozial-ökologischen Auswirkungen von Handelsabkommen (Sustainability Impact Assessments) zur gesetzlich verankerten Pflichtaufgabe der Handelspolitik gemacht werden. Diese Assessments können u.a. als wichtige Ansatzpunkte dienen, um vertiefte Debatten zwischen den politisch Verantwortlichen, den NRO und breiteren Bevölkerungsschichten zu initiieren. Zur Stärkung internationaler Umweltabkommen und -prinzipien sollte u.a. die bereits bestehende Kooperation zwischen WTO und UNEP intensiviert werden. Doch auch im bundesdeutschen und europäischen Rahmen muss weiter um eine wirksamere Verankerung der Nachhaltigkeitsinteressen in den handelspolitischen Entscheidungsprozess gerungen werden.

Summary

The third Ministerial Conference of the World Trade Organisation (WTO) took place in Seattle (USA) from November 30th to December 3rd 1999. WTO members failed to agree on an agenda for a new round of trade-negotiations. The Seattle Ministerial Conference provoked massive protests from Non-Governmental Organisations (NGOs) dealing with environment and development issues. They see the GATT/WTO regime – and globalisation in general – as a threat to their concerns. Against this background, the present study analyses possibilities for the integration of environmental and sustainability aspects into upcoming WTO negotiations. The focus is on views and proposals from international NGOs and critical scientists.

The first part of the study deals with current and potential future areas of conflict between environmental and trade policies. The following aspects are covered:

1) Process-based environmental policies:

The ecological transformation of production processes (e.g. regarding the consumption of energy and material or the emission of pollutants) and the involved discrimination of products according to their process and production methods (PPMs) is a central part of effective environmental policy. However, PPM-based policy measures are in conflict with the WTO concept of “like products”. Strongly differing opinions and interests on this issue exist in northern and southern countries. Therefore PPM-based trade measures should preferably be employed only in the context of international co-operation and multilateral environmental agreements (MEAs). However, PPM measures that go beyond those agreed internationally must remain possible for national ‘first-mover’ environmental policies. To avoid further conflicts in the WTO dispute settlement system, the study recommends an international agreement on clear criteria for the admissibility of PPM-based measures to complement the existing framework of Art. XX GATT.

The labelling of products according to their PPMs should be fully admissible under WTO law.

2) Precautionary Principle:

The precautionary principle was first incorporated into environmental policy in Germany’s environmental programme of 1971. Since then it has been invoked internationally in many treaties, declarations and laws on health and the environment. It contains inter alia the following elements: a) risk avoidance is preferred over risk management; b) measures are taken before a scientific proof of environmental damages is established; c) the burden of proof is reversed: the proponents (developers or exporters) of a potentially hazardous technology should bear the burden of demonstrating that the technology is reasonably safe and that there are no safer alternatives. Policies guided by the precautionary principle which are applied by some countries might collide with the export interests of their trading partners (e.g. hormone beef). The study therefore recommends incorporating the precautionary principle as an environmental guideline into the WTO regime. In addition, it should play a much bigger role in the Codex Alimentarius commission of WHO and FAO, which gives recommendations that serve as a reference for the SPS Agreement in the WTO.

3) The relationship between multilateral environmental agreements (MEAs) and the WTO:

International environmental policy is shaped by a network of nearly 200 bilateral, regional and multilateral treaties. These agreements are commonly seen as the best instruments for the solution of transboundary environmental problems. However, they are potentially in conflict with the WTO regime if they contain trade measures, as about 20 MEAs currently do. These trade measures are necessary to a) prevent environmentally damaging trade flows (e.g. the Washington Convention on International Trade in Endangered Species, CITES) or b) to create an incentive for MEA member countries to fulfil their obligations and to avoid the “free-riding” of non-member countries to the disadvantage of the environment and MEA-members. Trade measures continue to be an important option to shape effective MEAs. It is therefore recommended to clearly state in the WTO, that trade measures agreed in MEAs will not be regarded as illegal by the dispute settlement mechanism. Criteria should be defined to avoid the misuse of MEAs for trade policy purposes. The role of UNEP in this process and in resolving possible conflicts between MEAs and the WTO should be strengthened.

Furthermore, the environmental aspects of trade liberalisation in specific sectors and regulatory fields are discussed. WTO members are currently engaged in the process of negotiations in some sectors (agriculture, services) and further negotiations in other areas have been proposed by important member states (forest products, investment, etc.):

4) Agriculture:

The Agreement on Agriculture (AoA) has a special status in the world trading system, as more extensive exceptions from the free-trade-principle are accepted for agricultural trade. The main regulations of the AoA deal with market access, export subsidies and domestic support. In these areas the study recommends the following:

- As an act of confidence building, developed countries should actually implement what they promised during the Uruguay Round with regard to improved market access for products from developing countries and assistance for net-food-importing developing countries.
- The environmentally damaging and trade distorting export subsidies should be suspended in the near future.
- The AoA-compatible “green box” measures for domestic support should be oriented more directly towards the pursuance of “non-trade-concerns”, especially food security in developing countries and environmental protection and regional development in industrialised countries.

5) Fishery and Forestry:

With regard to the sectors fishery and forestry, which are both natural resource based, the study argues for a very cautious approach towards further liberalisation as long as there are no sufficient policies implemented on national and international levels that secure a sustainable management of these

resources. The policy focus should therefore not be on the WTO.

With regard to the elimination of environmentally damaging fishery subsidies the EU should overcome its reluctant position as soon as possible.

6) Intellectual Property Rights/TRIPS:

In the Uruguay Round, Industrialised Countries led by the USA succeeded in establishing high standards for the protection of intellectual property rights in the world trading system. The TRIPS Agreement obliges all WTO members to adapt their national laws to international guidelines for the protection of intellectual property. This agreement is socially and ecologically very contentious with regard to - inter alia - the patenting of living (genetically modified) organisms, its unclear relationship with the Convention on Biological Diversity (CBD) and its influence on the access of developing countries to affordable medicine. In view of the current TRIPS review process and possible negotiations in the future the study recommends:

- The exclusion of living organisms from any obligation for patenting in the framework of a reform of TRIPS Art. 27.3.
- The strengthening of collective rights of farmers and indigenous peoples versus private property rights. Therefore TRIPS-rules have to be made compatible with the CBD.
- The protection and re-enforcement of current options for developing countries to use compulsory licensing and parallel imports to ensure the supply of essential medicines.

7) Trade in services/GATS:

Comparatively little research has been carried out yet to assess the social and ecological consequences of the GATS agreement which aims at liberalising trade in services. It deals with a range of sectors which are very relevant both ecologically and economically, and will gain further importance in the process of structural change towards more service-oriented economies. Unsustainable patterns in the tourism industry can serve as an example for the dangers of an unconditional liberalisation strategy.

With regard to the ongoing GATS negotiations, intensive research and discussions are urgently needed regarding the possible effects of further liberalisation on environment and development. The analysis should focus on, inter alia, tourism, transport, environmental services, finance and also the investment implications of GATS.

8) Investment:

After the failure of the MAI negotiations in the OECD attempts have been made, especially by the European Commission, to deal with investment rules in the WTO framework. Recalling the social-ecological criticism of the MAI and recent negative experiences with the NAFTA Agreement, the study recommends abstaining from further investment negotiations in the WTO. Choosing the WTO

instead of another UN body like the CSD or UNCTAD as a forum would increase the danger of investor rights gaining too much weight in comparison to their social and environmental responsibilities and duties.

9) Public procurement:

Public procurement is of high economic relevance and also has a high ecological potential if it is used to support environmentally sound business practices. Currently, the WTO does not contain far-reaching disciplines for public procurement policies. If further negotiations on the issue were started in the WTO, there would be a danger of reducing the possibilities to pursue economic and environmental aims through public procurement. In possible negotiations on increased transparency, it must be secured that public bodies retain the ability to demand high ecological and social conditionalities from their suppliers.

After dealing with these elements of an ecological reform of the trade regime, the study moves on to an account of the WTO-Conference in Seattle from an environmental perspective. A multitude of factors contributed to the failure of the Ministerial Conference. The secretive and undemocratic processes during the conference and the preparatory phase are identified as one important factor.

The negotiation positions of important WTO members on trade and environment are briefly described. It is documented how the comparatively far-reaching trade and environment agenda of the EU (with regard to MEAs, PPMs & the precautionary principle) was progressively watered down as the EU tried to achieve its economic goals and gathered further support for launching a broad "Millennium Round". This finally led to a situation at the end of the Seattle conference when the trade and environment issue was in danger of being dropped from the negotiating agenda altogether. The study concludes that the EU approach towards a broad liberalisation round is not commendable from an environmental point of view. If the EU continues to pursue this strategy it is most likely that major economic interests, the complexity of issues and the interrelationship between the various negotiation areas will lead to a neglect or even ignorance of sustainability and environmental concerns once again.

Potentially more constructive approaches to deal with the trade and environment nexus are presented in the final part of the study:

- a) WTO procedures of decision making need to be made far more democratic and transparent for developing countries, national parliaments and (non-profit parts of) civil society. These actors should also be consulted more intensively on the European and national level at all stages of the trade policy process.

First steps in the WTO could consist of a more transparent management of informal negotiations (publication of issues under debate and lists of participants; reports to formal bodies etc.) and of stronger co-operation between member states, e.g. in regional fora. The WTO should introduce an accreditation mechanism for NGOs like the one employed by UN-ECOSOC.

- b) The current trade and environment-agenda of Northern countries, especially the EU, should be broadened to include and prioritise those issues which are of specific interest for Developing Countries. These are inter alia the relationship

between TRIPS and CBD and the control of exports of domestically prohibited goods. According to the concept of sustainable development, the developmental aspects of the trade and environment debate have to be given greater priority. This includes a more effective design of the principle of special and differential treatment and assistance in the introduction of environmentally sound technologies.

- c) The capacity building initiatives on trade and environment for developing countries run by UNCTAD and UNEP should be expanded. Sustainability Impact Assessments of trade policies are an important tool to analyse potential consequences of trade agreements and should therefore be made obligatory. They can also serve as points of departure for debates between politicians, NGOs and all stakeholders. In order to strengthen international environmental agreements and principles, the existing co-operation between UNEP and WTO should be intensified. Last but not least, it is pointed out that enshrining sustainability concerns into trade policy processes remains a permanent challenge on the German and European level as well.

